

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 198 (1919)

Artikel: Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im Jahre 1917/18
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-374606>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im Jahre 1917/18.

Wirft man einen Blick auf die Erwerbstätigkeit in der Schweiz im Jahre 1917, so kann festgestellt werden, daß die Landwirtschaft mit befriedigendem Erfolge arbeitete. Begünstigt durch die Witterungsverhältnisse waren die Erzeugnisse des Bodens in guter Qualität und teilweise reichlichen Mengen vorhanden. Bei dem Mangel an Zufuhren vom Auslande galten die Nahrungsmittel hohe, zum Teil behördlich festgesetzte Preise. Die Heu- und Emdertträge waren der Menge nach etwas geringer als letztes Jahr, dagegen war die Qualität bedeutend besser. Der Ertrag der Getreidefelder blieb infolge der Auswinterung und zahlreicher Hagelschläge unter dem Durchschnitt. Dank der hohen Preise brachte der Getreidebau eine gute Rendite. Eine sehr gute Ernte lieferte der Kartoffelbau, der im Frühjahr 1917 eine erhebliche Ausdehnung erfuhr. Das Jahr 1917 kennzeichnete sich im weitern durch einen außergewöhnlich reichen Obsterttrag, der zu guten Preisen schlanke Absatz fand. Vielfach wird verkannt, daß der Landwirt auch seinen erheblichen Teil an den Lasten und Sorgen des Krieges zu tragen hat. Die künstlichen Düngemittel und das Kraftfutter, das er sonst vom Auslande bezog, werden ihm durch aufgerichtete Schranken und Verkehrshemmnisse aller Art vorenthalten. Infolgedessen verarmt der Boden, dem mit vermehrter Arbeit die Ernte abgerungen werden muß. Das Vieh verliert an Fleisch und Milcherttrag und muß zum Teil aus Mangel an Nahrung geschlachtet werden. Teilweise konnte allerdings das Vieh zu lohnenden Preisen als Kompensationsware an das Ausland abgegeben werden, was in den wiederholten Perioden der Futternot die trübten Verhältnisse etwas besserte. Es wird wohl Jahre brauchen, bis nach Eintritt geordneter Verhältnisse wieder alles annähernd auf den frühern Stand gebracht ist. Hierzu wird der Landwirt das Geld brauchen, das er aus dem Ertrage seiner Produkte, des geschlagenen Holzes, des verkauften Viehes auf die Sparkasse gelegt hat, soweit er es nicht zur Abzahlung von Schulden verwendete. Eine große Gefahr für die Zeit nach dem Kriege bildet die ungesunde Steigerung der Güterpreise, die bei Hereinbrechen normaler Zustände wieder stark fallen werden. Das kann sehr ungesunde Zustände erzeugen. Im Uebrigen ist das Jahr 1917 gekennzeichnet durch umfassende Maßnahmen zur Erhaltung unserer wirtschaftlichen Existenz. Neben die Monopolisierung zahlreicher Rohstoff- und Lebensmittelimporte in den Händen der Bundesverwaltung und die bereits bestehende Bindung und Kontingentierung des Importes an die Kontrollorganisationen treten zahllose Ausfuhrverbote, die Normierung von Höchstpreisen, die Bestandesaufnahmen, vor allem aber die Rationierung unserer alltäglichen Lebensmittel. Die Verproviantierung unserer Bevölkerung ist in der letzten Zeit immer ungenügender geworden, nachdem unsere Vorräte im Ausland zum größten Teil erschöpft sind und weitere Zufuhren von Uebersee zufolge mangelnder Einkaufsmöglichkeiten und unzulänglichem Frachtraum ausbleiben. Desgleichen gestaltet sich auch die Versorgung unserer Industrie mit den nötigsten Rohstoffen immer schwieriger. Die Kohlen- und Eisenimporte sind bei weitem nicht imstande, unsern Bedarf zu decken und bleiben bedeutend hinter dem notwendigen Minimum zurück. Trotz all den Schwierigkeiten, die sich entgegenstellten, war die Geschäftslage unserer Industrien im Jahre 1917 noch eine

relativ befriedigende. Die meisten weisen gute Jahresergebnisse auf und waren imstande, ihre im Vorjahre geschaffene Position zu erhalten und weiter auszubauen. Die Verhältnisse haben sich verschärft, seitdem die Vereinigten Staaten in den Krieg getreten sind, und damit die Möglichkeit des außereuropäischen Exportes bedeutend geringer geworden ist. Desgleichen begegnete auch der Verkauf in Europa wachsenden Hindernissen. Die Knappheit und Teuerung des Rohmaterials, vor allem der Stoffe und Garne, haben angehalten. Die Ausfuhrschwierigkeiten und -Beschränkungen seitens des Auslandes vermehrten sich immer mehr und die Entwicklung der Wechselkurse machte neuerdings bedeutende Verluste unabweislich. Trotz diesen ungünstigen Faktoren war der Geschäftsgang das ganze Jahr hindurch kein unbefriedigender bis weit ins Jahr 1918 hinein. Augenblicklich kann niemand sagen, wie sich die Dinge entwickeln werden.

Günstige Zeiten hatte die Uhrenindustrie. Das Jahr 1917 darf als ein gutes bezeichnet werden. Noch selten dürfte diese Industrie eine so ertragreiche Zeit durchgemacht haben. Davon zeugt die Erstellung zahlreicher neuer Fabriken, deren Erbauer wohl auf die Fortdauer der günstigen Verhältnisse rechnen. Ebenso dürfen die Ergebnisse der Schokoladefabrikation, der Strick- und Wirkwarenindustrie, der Leder- und Wolltuchherzeugung wohl als durchaus befriedigende bezeichnet werden.

Ungewöhnlich schwierige Verhältnisse herrschten in der Stickerei. An die schon bestehende Kette der Einfuhr-, Transport-, Zensur- und Valutaschwierigkeiten reichten sich schwerwiegende neue Glieder an, so die britischen, russischen, deutschen, französischen, italienischen und österreichischen Einfuhrverbote, sowie die Durchfuhrschwierigkeiten auf beiden Seiten. Alle Anstrengungen, begreiflich zu machen, daß ein Artikel, dessen Ausfuhr über 200 Millionen jährlich beträgt, unmöglich nur ein Luxusartikel sein könne, und daß Weißstickereien und schmale Spitzen heutzutage Gebrauchsartikel geworden seien, prallten ab an dem Bestreben der Abnehmerstaaten, die Valuta zu stützen. Es bedurfte der größten Anstrengungen unserer Behörden und Gesandtschaften, um wenigstens eine teilweise Milderung der Einfuhrverbote zu erlangen, welche, wie auch die Durchfuhr, durch Geldvorschuße erkaufte werden mußte. Das ganze Jahr hindurch bestand die größte Unsicherheit über die Exportmöglichkeit. Der relativ größte Exportausfall trat bei Nordamerika ein, indem die Ausfuhr sich fast Monat für Monat um etwa eine Million verringerte. Einen gewissen Ersatz boten die nordischen Staaten und Deutschland, die enorme Quantitäten sowohl an Stickereien als an glatten Stoffen absorbierten.

Die Lage der Staatsfinanzen gestaltet sich immer schwieriger. Gegen Ende Mai 1918 hatte der Bund zirka 900 Mill. Franken Mobilisationsausgaben. Man rechnet 20 Mill. Fr. pro Monat. Diese Summe wird infolge der Solderhöhung auf 25 Mill. Fr. steigen. Somit wächst die Mobilisationsschuld bis Ende 1918 auf wenigstens 1100 Mill. Fr. an. Dazu kommen ferner die Rückschläge in der Bundesverwaltung seit Kriegsausbruch. 1917 hat der Rückschlag 50 Mill. Fr. betragen und 1918 wird er noch höher sein dank Steuerungszulagen, außerordentlichen Ausgaben für Milch usw. Man muß sich auf 60—70 Mill. Fr.

gefaßt machen, also zusammen auf 160—170 Mill. Fr. Gesamtüberschläge in den letzten Jahren mit Einschluß von 1918. Wie die Dinge stehen, muß die Schweiz mit einer durch den Krieg verursachten Schuld von 1½ Milliarden Franken rechnen, auch wenn der Krieg 1918 zu Ende gehen sollte. An die Abtragung dieser Schuld ist schon Erhebliches geleistet worden und wird noch geleistet werden. Man rechnet, daß der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer zirka 200 Mill. Fr. betragen werde. Momentan sind es etwa 140 Mill. Fr. Auf alle Fälle sind 300 Mill. Fr. aus Kriegs- und Kriegsgewinnsteuer gesichert. Daß aus den Kriegsgewinnen noch viel zu holen ist, geht aus einer ganzen Anzahl von veröffentlichten Bilanzen und Dividenden hervor. Der Unwille im Volk wäre weniger groß, wenn man für die Besteuerung von Kriegsgewinnen verschiedenerorts viel früher und viel schärfer eingegriffen hätte. Die in der Hauptsache auf dem Besitz lastende Stempelsteuer wird erhebliche Beträge einbringen. Im übrigen herrscht in maßgebenden Kreisen heute keine Meinungsverschiedenheit, daß schon im Jahr 1919 eine weitere Kriegsteuer einzuziehen sei und daß dies nicht die letzte sein wird. Mindestens 500 Mill. Fr. müssen, abgesehen von den bisherigen Steuern, durch direkte Steuern getilgt werden, es fragt sich nur, in welchem Zeitraum. Nimmt man z. B. 20 Jahre an, so müßten für Amortisation der 500 Mill. Fr. und Verzinsung der ganzen noch nicht getilgten Schuld etwa 40 Mill. Fr. zur Deckung aufgebracht werden, bei Annahme von 10 Jahren 65 Mill. Fr. per Jahr. Es zeigt dies bloß, was für enorme Summen jährlich aufgebracht werden müssen. Sie werden mit jeder Verlängerung der Mobilisation über 1918 hinaus steigen.

Einen schwierigen Stand haben die schweizerischen Bundesbahnen. Es ist von Interesse, sich das Bild der Betriebsentwicklung seit 1913 in Millionen Franken vor Augen zu halten.

Betriebsrechnung		1913	1916	1917
Einnahmen		212,721	192,597	201,441
wovon Personen		84,589	83,028	89,688
Güterverkehr		107,787	109,374	106,349
Ausgaben		142,405	188,762	158,907
Betriebskoeffizient in % mit Berücksichtigung d. Einlagen i. d. Spezialfonds		66,94	73,72	73,88
Betriebsüberschuß		70,315	53,834	42,534
Verzinsung der Anleihen		52,916	56,398	56,584
Amortisationen		15,569	10,722	10,917
Total		68,485	67,120	67,500
Nettovorschlag der Gewinn- und Verlustrechnung		+1,613	-44,523	-73,771

1910 war die Lage der Bundesbahnen noch ziemlich normal. Der Betriebsüberschuß übertraf Amortisation und Verzinsung noch um etwa 15 Mill. Fr. Schon 1913, also vor dem Krieg, gestaltete sich das Bild infolge der Steigerung der Personalausgaben wesentlich ungünstiger. Die erwähnte Differenz war nur noch unbedeutend und schlug mit dem Krieg ins Gegenteil um. Immerhin war die Situation bis Ende 1916 noch erträglich. Wenn man die Amortisation ausschaltet, so hat der Betriebsüberschuß bis an drei Millionen für die Verzinsung der Anleihen hingereicht. Mit dem Jahr 1917 ist die Lage der Bundesbahnen bedeutend schlimmer geworden. Statt den Verkehr zu fördern, muß man ihn auf jede mögliche Weise eindämmen, um den Kohlenkonsum zu reduzieren, und doch werden die Ausgaben für Löhne und Material immer größer und damit die Finanzlage immer schwieriger.

Der Abschluß des bis Ende Januar 1919 dauernden Wirtschaftsabkommens mit Deutschland hat die Schweiz von schwerer Sorge befreit. Dennoch hat er nicht das freundliche Echo in der Schweiz wie in Deutschland gefunden. Das Abkommen wurde mit ruhigem Ernste entgegengenommen. Die Steigerung der Kohlen- und Eisenpreise verschärft die Teuerung in weitem Umfang und das Abkommen betreffend Kohlen bedeutet eine schwere indirekte Kontribution an die deutschen Kriegslasten von einigen hundert Millionen. Sie ist nur einigermaßen verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Deutschland selbst keinen Ueberfluß an Kohlen besitzt und deshalb für die Ausfuhr eines so unentbehrlichen Gutes wie Kohlen eine gewisse Kompensation verlangen muß. Das Abkommen ist nicht günstig aber erträglich, heißt es an maßgebender Stelle.

Während der Geldmarkt 1917 zwei Mobilisationsanleihen der Schweizerischen Eidgenossenschaft von je 100 Mill. Franken und eine Reihe anderer Obligationen-Emissionen und Kapitalvermehrungen von Aktiengesellschaften leicht überwand und nebstdem während vieler Monate namhafte Summen von Bundeskassascheinen zu niedern Geldsätzen aufnahm, gingen dagegen die im zweiten Semester 1917 an Deutschland und Frankreich gemachten, die frühern an Umfang weit übersteigenden Zusagen von neuen Krediten, sowie die Aufnahme großer aus dem Auslande zurückfließender Posten erster Schweizerwerte nicht mehr spurlos vorüber. Von Anfang Oktober 1917 an kam die Verknapfung der kurzfristigen Gelder in einer raschen, bis zum Jahreschluß anhaltenden Verfestigung des Privatmarktes und in einer Vertenerung der Bedingungen für langfristige Anlagen zum Ausdruck. Diese Geldvertenerung veranlaßte auch die Schweizerische Eidgenossenschaft, für das im Januar 1918 aufgelegte achte Mobilisationsanleihen den Zinsfuß von 5%, anstatt wie bei den vier vorhergehenden, denjenigen von 4½% zu wählen. Man hat allgemein das Empfinden, daß die Valutaabkommen mit dem Ausland und alle sonstigen inoffiziellen Kreditgewährungen an dasselbe die verfügbaren Mittel mit der Zeit aufsaugen und dadurch unserem Lande Unbequemlichkeiten bringen werden. Es stellt sich der offizielle und der Privatmarkt jahresdurchschnittlich wie folgt:

In %	1913	1914	1915	1916	1917
Privatmarkt	4,52	4,02	3,52	2,46	2,66
Offizieller Satz	4,81	4,34	4,50	4,50	4,50

Wie in der Schweiz zeigt sich auch im Auslande als besonderes Merkmal der Kriegszeit eine große Beständigkeit der offiziellen Diskontsätze. So haben seit 1914 bezw. 1915 ihren Satz unverändert auf 5% gelassen: die Bank von Frankreich, die Deutsche Reichsbank und die Oesterreichisch-ungarische Bank.

Die Nationalbank hat 1917 günstig abgeschlossen: 7,958 Mill. Fr. Reinertrag gegen 7,43 1916, 4,45 1915, 5,272 1914 und 3,487 Mill. Fr. 1913. Hervorzuheben ist vor allem, daß sie auch im Jahre 1917 dem Bund mit starken Mitteln beigeprungen ist, um ihm die Erfüllung seiner keineswegs leichten Aufgabe zu ermöglichen. Sie hat auch den Bundesbahnen, die sich wie erwähnt in einer wenig erfreulichen Geschäftslage befinden, ihre wertvolle Unterstützung geliehen. Angesichts der andauernden verhältnismäßig großen Leistungen der Nationalbank muß man sich immer wieder ernstlich fragen, wie sich die finanzielle Rüstung unseres Landes wohl gestaltet haben würde, wenn wir noch unter dem Regime der ehemaligen Emissionsbanken ständen.